

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielig, Republikanska 4

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

Ein echt kapitalistisches Projekt.

Wie die „Wirtschaftskreise“ das soziale Versicherungswesen ändern wollen.

Die Wirtschaftskreise Polens haben gegenwärtig ein neues Projekt der sozialen Versicherungen ausgearbeitet, das, wie von diesen Kreisen nicht anders zu erwarten ist, einen sehr drohenden Anschlag auf die Arbeitnehmer darstellt. Die Ausarbeitung dieses Projekts ist in erster Linie durch die Industrie- und Handelskammern erfolgt. Das Projekt enthält ein vereinfachtes System der Bemessung und Einziehung der Versicherungsbeiträge, womit man sich wohl einverstanden erklären kann. Dagegen sucht es andererseits den größten Teil der Lasten der sozialen Versicherung auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Und zwar sieht das Projekt der Industrie- und Handelskammern vor, daß die sozialen Versicherungsbeiträge künftig nur zu einem Drittel von den Arbeitgebern und zu zwei Dritteln von den Arbeitnehmern getragen werden sollen; man will also das Umgekehrte der bisherigen Verteilung der Lasten. Außerdem soll diesem Projekt zufolge die Höchstgrenze der von der Versicherungspflicht befreiten Gehaltsstufen weiter herabgesetzt werden. Außerdem sieht dieses famose Projekt vor, daß die Unfallrente erst bei einer Invaldität von 25 Prozent und nicht wie bisher schon bei 10 Prozent Arbeitsunfähigkeit ausgezahlt werden soll und das noch in einer zu den gegenwärtigen herabgesetzten Löhnen angepaßten Höhe.

Von einem von Kapitalistenkreisen stammenden Projekt über soziale Versicherung der Arbeiter kann man eigentlich nichts anderes als das oben angeführte erwarten. Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Arbeitnehmer und obendrein Schmälerung ihres bisherigen Rechts, das ist es, was die „Wirtschaftskreise“ mit diesem Projekt erreichen wollen. Offenlich wird die Arbeiterschaft diesen Gelüsten der Kapitalisten den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Arbeitslosigkeit.

Laut offiziellen Angaben ist die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Lande um 9210 zurückgegangen. Die

Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen betrug am 18. Mai noch 442 004 Personen, davon in Warschau 30 091, in Lodz 33 579, Oberschlesien 123 217 Personen.

Der geringe Rückgang ist selbstverständlich lediglich durch Aufnahme der üblichen Saisonarbeiten zurückzuführen. Und der Stand der registrierten Arbeitslosigkeit liegt bedeutend höher als zur selben Zeit des Vorjahres.

Gegen die neuen Wahlgesetze.

Vor der außerordentlichen Sejmtagung.

Die Polnische Sozialistische Partei fordert ihre Organisationen auf, in den nächsten 14 Tagen öffentliche Versammlungen, sowie solche in Betrieben, Werkstätten und auf dem Lande abzuhalten, in welchen gegen die neuen Wahlgesetze der Sanacja protestiert werden soll. Die Versammlungen sollen unter den Losungen: Schutz des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Wahlordnung der Sanacja, gegen Faschismus, für die Zusammenfassung aller antikapitalistischen und antifaschistischen Kräfte Polens durchgeführt werden.

Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Beratungen über die neuen Wahlgesetze im Laufe der Woche beendet sein werden und die Einberufung der außerordentlichen Sejmession für die nächste Woche erfolgen wird. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sanacjalagers scheinen insofern behoben zu sein, als die Konservativen ihre vielfachen Einwände gegen die Wahlgesetze fallen gelassen haben.

Konferenz beim Staatspräsidenten.

Beim Staatspräsidenten Mościelki fand gestern nachmittag eine zweistündige Konferenz statt, an welcher Ministerpräsident Slawek, der Generalinspekteur der Armee General Rhyd-Smigly und Außenminister Beck teilnahmen. Ueber den Gegenstand der Konferenz ist nichts bekanntgegeben worden.

Die Senatswahlen in der Tschechoslowakei

Prag, 22. Mai. Nach den vorläufigen Berechnungen haben bei den Senatswahlen, die am Sonntag stattfanden, die deutschen Parteien im ganzen 33 Mandate erhalten. Die tschechischen Parteien konnten 96 Mandate erringen.

Davon entfallen auf die tschechischen Sozialdemokraten 26 Mandate (bisher 20), republikanische Partei (Agrarier) 23 (24), Nationalsozialisten (Benesch) 14 (13), Kommunisten 16 (15), Volkspartei 11 (13), Pramarz-Gruppe 9, Gewerkepartei 8 (6).

Von den deutschen Parteien erhielten die Subeten-deutsche Partei (Henlein) 23 Mandate, die deutschen Sozialdemokraten 6 Mandate und die deutsche Christlichsoziale Partei 4 Mandate.

Von den deutschen Parteien hatten die zur Henlein-Gruppe bisher gehörenden Nationalsozialisten 4 Mandate, die deutschen Sozialdemokraten 11 und die Christlichsoziale Partei 8 Mandate.

Die Regierungscoalition nach den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Werden die deutschen Parteien in der Regierung verbleiben?

Prag, 22. Mai. An Hand der Wahlergebnisse zum tschechoslowakischen Parlament haben Besprechungen der bisherigen Mehrheitsparteien über die Zusammensetzung der Nachwahlkoalition eingeleitet. Mit Rücksicht auf die tief geringen Verschiebungen in den Machtpositionen der tschechoslowakischen Koalitionsparteien gehen die Behauptungen

von dem Prinzip aus, an der bisherigen Zusammensetzung der Regierungsmehrheit, soweit die Republikaner, tschechoslowakischen Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und die tschechoslowakische Volkspartei als Grundstock in Betracht kommen, nichts zu ändern und diesen Grundstock durch die tschechoslowakische Gewerkepartei zu erweitern, welche unter den tschechoslowakischen Parteien den größten Wahlerfolg bucht.

Soweit die bisherigen deutschen Regierungsparteien, die deutschen Sozialdemokraten und der Bund der Landwirte, in Betracht kommen, welche in den Wahlen mit Rücksicht auf den Erfolg der Subeten-deutschen Partei schwere Stimmeneinbußen erlitten haben, sind die tschechoslowakischen Koalitionsparteien darin einig, daß die deutschen Regierungsparteien in der Koalition zu verbleiben haben. In dieser Richtung gehen die Republikaner und die tschechoslowakischen Sozialdemokraten vollkommen solidarisch vor. Es hängt von den deutschen Regierungsparteien allein ab, ob die Koalition in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung aufrecht bleibt.

Soweit es sich um die Subeten-deutsche Partei Konrad Henleins handelt, herrscht im tschechoslowakischen Koalitionslager die geschlossene Auffassung vor, daß nur der Standpunkt des Wartens das elementare Mißtrauen beheben kann, das gegen diese jüngste deutsche Partei heute in der ganzen tschechoslowakischen Öffentlichkeit anzutreffen ist.

In Koalitionskreisen erwartet man nächste Woche den Beschluß des Ministerrates, dem Präsidenten der Republik die Dimission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten.

Friedens- oder Kriegserklärung?

Die Weltöffentlichkeit ist allmählich daran gewöhnt, das ewige Einerlei des nationalsozialistischen Friedenswunsches in den verschiedensten Variationen vorgefragt zu erhalten, ohne daß man über die üblichen Phrasen hinaus kommt. Die anderen sind an allem schuld und Deutschland will nur den Frieden, darum bricht es die Verträge, rüstet auf, um die „Sicherheit“ Europas und damit der Welt zu gewährleisten. Der deutsche Reichskanzler scheint alle nach dem Muster jener Mameluden zu beurteilen, die im deutschen Reichstag zu seinen Reden die Klaqueure abgeben. Deshalb darf es nicht überraschen, wenn sich die Abgeordneten in einem Rausch des Friedenswillens hineindenken, der das Gehirn in die Ferne kommandiert und im Marschritt die Befreiung der Menschheit sieht. Auch wenn Adolf Hitler sein „Ich“ noch so laut in den Aether hineinschreit, so wird er mit diesen ewigen Phrasen seines „Friedenswillens“ die Welt nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß das, was sich in Deutschland heute vollzieht, nichts anderes als eine einzige Provokation ist, an deren Ausgang die Kriegesjahre steht. Nicht, wie es Adolf Hitler und die Seinen auffassen, kommt es an, sondern darauf, daß Deutschland alle Einladungen zur Schaffung einer Friedensfront mit immer neuen Ausflüchten beantwortet, die keinen anderen Eindruck hinterlassen, als wenn man nur Zeit gewinnen wollte, um dann umso besser loszuschlagen zu können. Es kommt auch nicht darauf an, wie es das deutsche Volk begreift, sondern darauf, wie es die Welt sieht, und nicht nach den eigenen Wünschen der Nationalsozialisten wird die Welt gestaltet, sondern nach dem Willen der Völker, die den Frieden wollen und im Dritten Reich und in Adolf Hitler die größte Gefahr eben für diesen Frieden sehen.

Es ist nicht schwer zu erkennen, warum all die früheren Phrasen von nationalsozialistischen Friedenswünschen wiederholt werden. Deutschland ist wirtschaftlich bankrott und politisch von der ganzen Welt isoliert, was die letzte Ratstagung bewiesen hat. Es will nicht zurück an den Verhandlungstisch unter die Nationen, sondern glaubt, aus deren Friedensbestrebungen Vorteile für seine eigene Aufrüstung zu erzielen. Es trägt sich mit der Absicht, die Mächte gegeneinander auszuspielen, um dann besser seine Vorteile zu erzwingen. Dieses Spiel ist durchsicht, und deshalb kam auch die Isolierung des Dritten Reiches, dessen Machthaber heute hoffnungslos in die Zukunft schauen und daher glauben, mit kräftigen Anklagen alle Schuld für das Heute auf die Gegner Deutschlands abwälzen zu können. Niemand denkt daran, die Schuld der anderen zu verkleinern oder als nicht vorhanden zu erklären. Die Siegermächte und der Versailler Vertrag sind schuld daran, daß in Deutschland ein Adolf Hitler mit seinem Nationalsozialismus am Ruder ist. Aber der Reichskanzler hat gerade mit seinen Erklärungen zum Friedenswillen der Nation nichts anderes als eine Selbstaufpeitschung der nationalsozialistischen Bestrebungen vollzogen. Die Phrasen von der Rettung Europas vom Bolschewismus glaubt höchstens noch der deutsche Reichstag, darüber hinaus können diese Anklagen gegen Rußland doch nur ein Lächeln abzwängen, denn dieses Rußland geht seinem Aufstieg entgegen und Deutschland unter Hitlers Führung der Katastrophe zu.

Fast scheint es, daß die Erklärungen der verschiedensten Staatsmänner über die Politik Hitlers diesem den Wunsch aufdrängten, sich mit ihnen polemisch auseinanderzusetzen und das ist auch reichlich geschehen. Die Eden, Macdonald und, ohne genannt zu werden, auch Laval haben ihre Lektion weg bekommen, etwas Neues, was Deutschland zur Sicherung des Friedens selbst tun will, haben sie jedoch nicht erfahren. Deutschland geht nicht nach Genf zurück, es wird nur zur kollektiven Zusammenarbeit bereit sein, wenn ihm alle seine Wünsche politischer, wirtschaftlicher und militärischer Natur gewährt werden, es tritt keinem Pakt bei, den die anderen abschließen, übernimmt kein Programm, welches andere Staaten unter einander ausgearbeitet haben und hat die Behauptung nur eingeworfen, um zu zeigen, daß es ernst

so den Friedensvertrag ignorieren kann, wie es die anderen vorgezeigt haben. Will man Deutschland friedlich sehen, so muß man sich damit abfinden, daß auch die Reste des Versailler Vertrages fallen, und für die Zukunft können auch die territorialen Grenzen nicht bleiben, sondern müssen einer Revision unterzogen werden. Man wünscht selbst keine fremden Nationen in seine Grenzen einzubeziehen, aber die Flotte zur See und in der Luft müsse dem Dritten Reich in einer noch näher zu bestimmenden Zahl gewährt werden, und da die entmilitarisierte Zone ein Schandmal ist, müsse sie fallen. Schade, daß Adolf Hitler nicht hinzugefügt hat, daß dann nur noch der Bolschewismus beseitigt werden muß und am „deutschen Wesen die Welt dann genesen wird“.

Ein bißchen reichlich, das deutsche Friedensprogramm! Man wird aber im Dritten Reich nicht erlaubt sein dürfen, daß diese „Erklärung der deutschen Reichsregierung“ nicht als eine Bereitschaft zum Frieden, sondern als eine Kriegserklärung ausgelegt wird. Wer den Frieden mit allen Nationen will, kann nicht sagen, „Ja“ will und ihr müßt mir es gewähren, sondern muß sich schon bequemen, sich mit den anderen, die das gleiche wollen,

an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln, was für beide Teile vorteilhaft ist. Statt dessen erklärt Adolf Hitler, der einzige, mit 38 Millionen Stimmen gewählte deutsche Abgeordnete des Dritten Reiches, daß Deutschland an keiner internationalen Konferenz mehr teilnehmen wird, wenn es nicht vorher das Programm dieser Konferenz aufgestellt hat. Man wird nach dieser „Friedensrede“ Adolf Hitlers nur eine Folgerung ziehen: seid gewarnt, denn von dieser Politik kann kein Frieden kommen, das ist eine Kriegserklärung an alle, die nicht zu die Ideologie des Nazismus glauben. Und die Welt wird antworten, rascher als man es in Berlin begreifen will. Dem Frieden ist mit dieser Erklärung der Reichsregierung nicht gedient, sie wird nur die Kette um Deutschland enger schließen und dazu führen, daß in Genuß die Sanktionen beschloffen werden, die man anwenden wird, wenn Deutschland noch weiter den Versailler Vertrag negiert. Hitler zeigt kein Einlenken, um zum Frieden zu kommen, sondern er fügt zu den alten Wünschen noch eine Reihe neuer hinzu. Zur Aufrüstung auch noch die Grenzrevision, und das nennt man dann eine „Friedensbotschaft“ an die Gegner Deutschlands!

wollen zu verdächtigen. Churchill meinte, es würde sehr zu bedauern sein, wenn die Meinung Platz greife, daß durch die Rede eine neue und besonders hoffnungsvolle Lage geschaffen worden sei. Er finde hierfür keinen Grund. Die Haltung Hitlers zu der Sicherheitsfrage sei alles andere als ermutigend, und auch seine Haltung zu der Frage der Nichtbeteiligung in die Politik der Donauländer sei enttäuschend. Die Bemerkung über die Schwierigkeiten, die Bestimmungen der entmilitarisierten Zone einzuhalten, sei mehr dazu angetan, aufzuregen als Sorgen zu zerstreuen. Er begrüße die Erklärung Hitlers über den unbegrenzten Bombenabwurf auf die Zivilbevölkerung, er müsse jedoch daran erinnern, daß die deutsche Luftwaffe eine größere Anzahl von Langstreckenbomben enthalte, als die irgendeines anderen Landes der Welt. Er sei also der Ansicht, daß sich die Lage nicht viel geändert habe, obwohl er den freundlichen Ton, in dem Hitler gesprochen habe und insbesondere die freundliche Worte an England anerkenne.

Im weiteren Verlauf der Unterhausausprache sagte der Arbeitervertreter **Wilmot**, Hitlers Rede biete eine Gelegenheit, eine europäische Regelung zu erzielen. Die englische Regierung solle Hitler beim Wort nehmen und jetzt die Initiative ergreifen.

Stafford Cripps (Arbeiterpartei) erklärte u. a.: Wenn Hitler es ernst meint, dann ist das der goldene Augenblick, auf den die englische Regierung gewartet hat. Es ist eine Gelegenheit, die zu verfaumen nach Ansicht der Arbeiterpartei ein Verbrechen wäre. Dies ist eine letzte Gelegenheit, um die große Tragödie, die Europa heimfuchen müsse, zu verhüten.

Im Namen der Regierung schloß der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium **Sir Philipp Sassoon** die Unterhausausprache ab. Er erklärte u. a., daß England außer der verdreifachten Heimatluftflotte stets einen Teil der in England befindlichen Reserven für die überseeischen Luftstreitkräfte zur Verfügung haben werde. **Sassoon** schloß mit den Worten: „Ich bin überzeugt, daß eine starke englische Luftflotte die beste Garantie für den europäischen Frieden ist.“

Das Unterhaus lehnte hierauf mit 340 gegen 52 Stimmen den arbeiterteilischen Antrag auf Herabsetzung der Ergänzungsausrüstung ab und bekräftigte damit die Regierungsvorschläge.

Hierauf wurde die Unterhausausprache abgeschlossen.

Baldwin antwortet Hitler.

Aus „Friedensmacherei“ wird Wettrüsten.

London, 21. Mai. Die mit Spannung erwartete wehrtechnische Ausprache des Unterhauses wurde am Mittwoch vor vollbesetztem Hause eröffnet. Im Vordergrund der einstündigen Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten **Baldwin** über die englische Wehrpolitik und ihren Zusammenhang mit der internationalen Lage stand die gestrige Erklärung des deutschen Reichszuglers **Hitler**. Die Rede steigerte sich oft zu großen rednerischen Höhepunkten und machte einen tiefen Eindruck.

Eingangs sagte **Baldwin**: Das Unterhaus muß sich daran erinnern, daß die Erklärungen, die der Ministerpräsident und der Außenminister in der Ausprache am 2. Mai abgegeben haben, einen **Appell an Deutschland** enthielten, in einer konkreten Form einen Beitrag zur Lösung der Schwierigkeiten und Gefahren für die Sicherheit und das Vertrauen zu leisten, die die Welt überfluten und die nur durch kollektive Abmachungen beseitigt werden können. Es ist offensichtlich, daß die Rede des Kanzlers unter anderen Dingen eine Antwort auf diesen Appell ist. **Hitler** hat den deutschen Standpunkt in mehreren Richtungen stärker präzisiert und hat in einer Reihe von Fragen angedeutet, was Deutschland zu tun bereit ist. Die Erklärungen verdienen es, von uns aufs ernste und schnellste geprüft zu werden. Die gegenwärtige Lage hängt nicht nur von dem ab, was Großbritannien tut oder sagt. Aber wir haben in Zusammenarbeit mit anderen eine wichtige Rolle zu spielen und wir werden nicht veräumen, unser Außerstes zu tun, um ein internationales Abkommen zustande zu bringen.

Baldwin ging dann auf einige der von **Hitler** mitgeteilten 13 Punkte ein. Er brachte dabei u. a. zum Ausdruck:

1. Die Erklärung **Hitlers**, daß Deutschland Gleichheit in der Luft mit den anderen Einzelstaaten wünscht, ist eine Bestätigung der Basis, auf der die englischen Pläne begründet sind. Der deutsche Standpunkt, daß Deutschland nicht nur zu einer Erhöhung, sondern auch zu einer Herabsetzung der Rüstungsgrenzen bereit ist, ist ein sehr wichtiger Gedankengang und die deutschen Äußerungen über einen Luftpakt besagen, daß ein solcher Pakt auch von einer Begrenzung der Luftrüstungen begleitet sein sollte. Wschritte der **Hitler**-Rede zeigen auch, daß er unsere Ansicht über den Schutz der zivilen Bevölkerung teilt. Wir begrüßen daher **Hitlers** Beitrag für eine allgemeine Regelung im Sinne des Londoner Protokolls.

2. **Baldwin** erklärte, daß er nicht auf die Äußerungen **Hitlers** über die osteuropäischen Paktpläne Bezug nehmen wolle, da diese nicht in direkter Beziehung zu der jetzigen Wehrdebatte ständen.

3. **Baldwin** sagte, daß die englische Regierung den Plan einer Koordination der englischen Wehrministerien zur Zeit erwäge. Er ging dann auf die englischen Aufrüstungspläne über, die er mit einem unter großen Beifall aufgenommenen Appell an Unterhaus und Volk einleitete: „Vermeidet jetzt Panikstimmung! Wir wollen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Zu viel kostbares Blut ist vergossen worden.“ Englands Luftrüstungsmaßnahmen werden auf die Erklärung **Hitlers** begründet, daß sein Ziel die Luftparität mit Frankreich ist. England beabsichtige daher seine Luftflotte um 1500 Frontflugzeuge innerhalb von zwei Jahren zu erhöhen. Der Luftpakt und die Begrenzung der Luftrüstungen sind viel leichter zu erzielen, wenn die drei Länder Frankreich, Deutschland und England die Luftparität haben werden.

4. Mit der englischen Industrie sind Verhandlungen im Gange, um die Expansion der Industrie für militärische Produktionszwecke zu erzielen. Hier will England vor keinem anderen Lande zurückstehen.

5. **Baldwin** erklärte, der Schleier der über den Handlungen der drei autoritären Staaten Europas liegt,

ist in Deutschland zum Teil gelüftet worden. Laßt uns hoffen, daß er ganz gelüftet wird, damit wir offen miteinander sein können.

Die Debatte.

An der hierauf folgenden Debatte beteiligten sich wiederholt die Vertreter der einzelnen Unterhausparteien. Im Namen der Arbeiterpartei wurde ein Antrag auf Herabsetzung der Ergänzungsausrüstung eingebracht. Der arbeiterteilische Abgeordnete **Adison** erinnerte daran, daß die bei Abschluß des Krieges abgegebenen Versprechungen nicht innegehalten worden seien. Das sei auch schuld an der gegenwärtigen Lage.

Der konservative Abgeordnete **Churchill** hatte seine Ausführungen darauf abgestellt, Deutschlands Friedens-

Englands Luftflotte wird verdreifacht.

London, 22. Mai. Im Oberhaus wurde zur gleichen Zeit wie im Unterhaus die Wehrausprache begonnen. Der konservative **Lord Lloyd** erklärte unter Anspielung auf Deutschland, daß sich nur drei Stunden von London entfernt eine starke Armee befände, durch die England einmal Unheil zugefügt werden könnte. Deutschland müsse für eine solche Offenheit Verständnis aufbringen, da mit dieser Feststellung nicht die Ehrlichkeit des deutschen Friedenswillens angezweifelt werden soll.

Im Namen der Regierung teilte dann Luftfahrtminister **London Derry** weitere Einzelheiten über das englische Luftaufrüstungsprogramm mit. Nach einem historischen Überblick über Englands Luftpolitik stellte **London Derry** fest, daß England nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und angesichts der Luftrüstungen anderer Länder gezwungen gewesen sei, die Politik der einseitigen Abrüstung zu verlassen. Der Minister nannte dann einige Ziffern, mit denen er die zunehmende Erhöhung des deutschen Lufthaushalts kennzeichnete, und betonte dann weiter, daß die weitere Verschlechterung der internationalen Lage England in der Zwischenzeit zur Schaffung eines Aufrüstungsprogramms veranlaßt habe, das die Sicherheit des Landes vor Luftangriffen gewährleisten soll. Es komme nicht darauf an, von welchem Lande die Möglichkeit eines solchen Angriffs zu erwarten sei. **London Derry** erklärte dann wörtlich: „Die Stärke des englischen Luftprogramms müsse stets an der größten, in Reichweite Englands befindlichen Luftflotte gemessen werden. Dies ist unsere Formel.“ Die neue Wehrpolitik Deutschlands sei, so fuhr **London Derry** fort, in der englischen Öffentlichkeit und im Ausland als ein Schlag empfunden worden. „Wir fühlen, daß diese aufeinander folgenden Erklärungen Deutschlands Zeichen der Stimmung und Gewinnung des deutschen Volkes und seiner Führer sind, Zeichen, die für England von schwerster Bedeutung sind, und auf die es eine klare Antwort finden muß.“

London Derry bedauerte dann, daß über die Stärke der deutschen Luftstreitkräfte so außerordentlich übertriebene Zahlen verbreitet worden seien, die von amtlicher Seite bementiert worden seien. Aber wenn man auch sich dies beunruhigende Bild nicht zu eigen mache, so müsse man trotzdem zu schnellem und kräftigem Handeln entschlossen sein. Dies solle nicht als eine Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland gedeutet werden. Die englische Regierung habe die öffentlichen Erklärungen Deutschlands über die Bereitschaft zum Abschluß eines internationalen Abkommens über die Luftstärke begrüßt. Die Erklärung **Hitlers** vor dem Reichstag, die die Rüstungsbegrenzung behandle, begrüße er, der Redner, ganz besonders. England sei aber nicht bereit, in der Zwischenzeit eine zweiklassige Stellung einzunehmen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen versuchte **London Derry** klarzustellen, daß trotz der bekannten Zi-

fern die englische Luftwaffe der deutschen noch immer überlegen sei. Der Luftfahrtminister teilte mit, daß die englische Luftflotte 2700 voll ausgebildete Piloten im aktiven Dienst besitze. 400 weitere Piloten würden z. B. ausgebildet, außerdem bestände eine Reserve von 1200 voll ausgebildeten Militärfliegern, die gegenwärtig schnell vergrößert werde. **London Derry** erklärte dann wörtlich: „Wir können noch immer behaupten, eine Luftstreitkraft zu besitzen, die eine stärkere Rückenbedeckung besitzt, als eine andere Luftflotte Europas.“ Ein neuer Bomber „mit garantierter Leistung“ sei zur Zeit im Bau und werde spätestens im Februar 1936 abgeliefert. „Trotz all dieser Erwägungen werden wir die angegebenen deutschen Ziffern als Grundlage für die notwendigen weiteren Schritte annehmen.“

Im folgenden erläuterte der Minister dann diese weiteren Pläne der englischen Regierung: Mit Ablauf des nächsten Finanzjahres (31. III. 1937) wird die Stärke der englischen Heimatluftflotte, ausgenommen die Flottenluftstreitkräfte, 1500 Frontflugzeuge betragen. Gegenwärtig sei die Frontstärke 580 Flugzeuge, so daß die Heimatluftflotte annähernd verdreifacht werde. 2500 weitere Piloten und insgesamt 22 500 Mann zusätzliches Personal werden benötigt. In diesem Jahr würden allein 1200 bis 1300 neue Piloten eingestellt, außerdem würden Hunderte von Offizieren und Mannschaften über ihre Dienstzeit hinaus weiter unter den Fahnen gehalten. **London Derry** führte dann noch die Vermehrung der Fliegerjulen und die Bildung von 71 neuen Geschwadern sowie die Anlage von neuen Militärflugplätzen an.

Am Schluß seiner Rede stellte der Minister fest, daß er sich über die Erklärung **Hitlers** freue, daß Deutschland keine 10 000 Bombenflugzeuge besitze und auch nicht bauen wolle. Die Fähigkeit Deutschlands, seine Flugzeugherzeugung in kurzer Zeit zu vervielfachen, sei jedoch von sehr ernster Bedeutung. Hinzukomme, daß in einem Diktatorlande das ganze Volk unter einer Kontrolle und einem Regiment stehe. In einem Diktatorlande sei die Erweiterung der Industrie, die Mobilisierung der verschiedenen Fabrikationsprozesse, die mit der Erzeugung von Flugzeugen und Munition zusammenhängen, eine verhältnismäßig einfache Sache.

Lord London Derry erklärte dann in einem Rückblick auf die englische Politik während der Abrüstungskonferenz: „Ich bin überzeugt, daß sich das Ideal der Abrüstung im gegenwärtigen Zustand der Welt als undurchführbar erweist, wenn es praktisch geprüft wird. Wir konnten den Uhrzeiger nicht zurückstellen. Die Begrenzung, nicht Abrüstung, worauf wir ernstlich hoffen konnten, war die Luftpolitik, die ich stets besümmerte, und ich bin in der Tat erfreut, daß die Worte **Hitlers** eine endgültige Annahme dieses Grundjades enthalten. Der Luftminister erklärte abschließend: „Die englische Regierung wird unter keinen Umständen eine zweiklassige

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Oberschlesien.

Wiellie-Hajduli hat seinen Bürgermeister

Unter zahlreicher Teilnahme der Bürgerschaft vollzog Bismarckhütte am letzten Montag die Wahl seines neuen Bürgermeisters, dessen Posten einige Monate verwaist war. Die Sitzung der Gemeindevertretung gestaltete sich zunächst zu einer Trauerkundgebung für den verstorbenen Marschall Rilschki, der von den Anwesenden durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Hierauf wurde ein Bebauungsplan des Terrains zwischen der Kralauer- und Stellmachstraße angenommen, ferner der Verkauf des Grundstücks in der Kirchstraße 2 beschlossen. Eine größere Diskussion rief der Pachtvertrag mit dem Sportklub Ruch hervor; da die Gemeinde das Sportstadion aus finanziellen Gründen nicht mehr weiter ausbauen kann, wurde es dem Ruch bis zum Jahre 1949 übertragen, der den Weiterbau fortführen soll. Nunmehr ging man zur Wahl des neuen Bürgermeisters über, die durch Stimmzettel erfolgte. Es waren drei Kandidaten genannt, von denen Dr. Grzybielon 16 von 27 abgegebenen Stimmen erhielt, während der zweite Kandidat Dr. Ganklik nur 8 Stimmen erhielt. Grzybielon wurde auf 12 Jahre gewählt.

Im Verlauf der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der frühere sozialistische Gemeindevertreter Ballon aus der sozialistischen Fraktion ausgetreten und der deutschen Wahlgemeinschaft beigetreten ist. Ballon ist den Weg seiner Gewerkschaftsbunzen gegangen vom Kommunisten zum Ultrationalisten. Wohl bekommt in der Fraktion der Esel, wie einst der deutsche Sozialist Ballon seine Freunde von heute benannt hat! Ob das schon genügen wird, um sich im Dritten Reich eine Anstellung zu sichern, wollen wir abwarten.

Zum Kapitel „Gleichberechtigung“.

Wenn deutscherseits behauptet wird, daß es für Angehörige der deutschen Minderheit nur deshalb keine Arbeit gibt, weil sie noch immer ihre Kinder in die deutsche Schule schicken oder sich zum Deutschtum bekennen, so wird eine solche Behauptung oft als Verleumdung hingestellt. Nun hat sich ein beachtender Vorfall in Siemianowicz zugetragen, der ein gerichtliches Nachspiel hatte. Der arbeitslose Johann Wiczorek bewarb sich beim Siemianowitzer Arbeitsamt um vorübergehende Beschäftigung, die ihm durch den Sekretär Musiol deshalb abgelehnt wurde, weil er sein Kind in die deutsche Schule schickte, wie dies der Bürgermeister Popel mitteilte. Wiczorek wandte sich nun an den Volksbund zwecks Feststellung dieser Tatsache und wurde dafür vom Magistrat Siemianowicz mit einer Verleumdungsklage bedacht, die jetzt vor Gericht entschieden wurde. Stadtschreiber Musiol zog es vor, bei Gericht als Zeuge nicht zu erscheinen, während Wiczorek den Wahrheitsbeweis führte und dadurch einen Freispruch erlangte. Zwei andere Zeugen trauten nämlich vor Gericht bestätigen, daß Musiol dem Angeklagten gesagt habe, daß er deshalb keine Arbeitszuweisung erhalte, weil er sein Kind in die deutsche Schule schicke.

Neuerdings macht man zum Beispiel in der Lauehütte keinen Hehl mehr daraus, daß Leute ausgewechselt, das heißt entlassen werden, und nur deshalb, weil sie es ablehnen, ihre Kinder aus der deutschen in die polnische Schule abzumelden. Aber sonst lehnt man eine einseitige Bevorzugung entschieden ab, wie es in maßgebenden Kreisen heißt.

Harte Strafen für Verbreitung konfiszierter Zeitungen.

Wegen Verbreitung konfiszierter Zeitungen hatte sich vor dem Burggericht in Kattowitz ein gewisser Josef Szejneman aus Siemianowicz zu verantworten. Szejneman hat ein Kralauer Blatt anderen zum Lesen gegeben, obgleich ihm bekannt war, daß diese Zeitung konfisziert ist. Das Gericht sah in dieser Handlung des Angeklagten ein Vergehen und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis und 30 Zloty Geldstrafe, unter Bewährung einer Bewährungsfrist von zwei Jahren.

Bersammlungsständer.

Groß-Kattowitz. DSA und Arbeiterwohlfahrt. Die wegen Landesstrauer in vergangener Woche ausgefallene Versammlung findet bestimmt am Freitag, dem 24. Mai, abends um 7 Uhr, im Saale des Zentralthotels statt. Alle Mitglieder haben die Pflicht, zu erscheinen, da wichtige politische Fragen zur Behandlung kommen. Referent: Genosse K o w o l l.

Kattowitz. Holzarbeiterverband. Am Sonntag, dem 26. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Saale des Zentralthotels die fällige Mitgliederversammlung statt, welche in voriger Woche infolge der Landesstrauer ausfiel. Persönliches Erscheinen unbedingt erwünscht. Referent: Genosse K o w o l l.

Bielitz-Biala u. Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter.

Die Bauarbeiter von Bielitz-Biala und Umgebung verhandeln seit einigen Wochen über einen neuen Lohnvertrag. Die Verhandlungen gehen sehr langsam vonstatten, da die Baumeister einen sehr eigentümlichen Standpunkt einnehmen. Sie sind der Ansicht, daß der hiesige Maurer und Zimmermann verpflichtet ist, um einen Lohn zu arbeiten, der um 30 bis 50 Prozent niedriger ist, wie anderwärts. Ja, sie möchten sogar die jetzigen Hungerlöhne noch dadurch reduzieren, daß sie in dem neuen Lohnvertrag drei Klassen einführen. Nach diesen Vorschlägen würde ein Maurer oder Zimmermann kaum 70 Groschen pro Stunde erhalten und die bestqualifizierten Arbeiter kaum 80 bis 90 Groschen Stundenlohn. In diese letzte Gruppe würden nur sehr wenige eingereiht werden, aber nach außen hin würden die Baumeister hinausposaunen, daß alle Maurer und Zimmerleute solche Löhne beziehen. Selbst den Tagelöhnern wollen die Unternehmer den Stundenlohn von 45 Groschen auf 40 Groschen herabsenken.

Diese Vorgangsweise der Baumeister läßt sich durch gar nichts rechtfertigen, denn die Lebenshaltungskosten sind in Bielitz-Biala und Umgebung um gar nichts niedriger wie anderwärts, ja sogar im Vergleich zu manchen Städten noch höher. Die Baumeister argumentieren aber, daß am hiesigen Orte die Löhne der Bauarbeiter zu hoch sind und deshalb herabgesetzt werden müßten. Das Gegenteil ist aber der Fall. Und die Baukosten berechnen die hiesigen Baumeister vielleicht noch höher wie anderwärts, obwohl die Löhne niedriger sind.

Bei dieser Lohnbewegung der Bauarbeiter wollen aber die Baumeister noch ein Extraprofit machen. Sie haben in der Morgenzeitung die Nachricht verbreiten lassen, daß die Bauarbeiter eine 30prozentige Lohnerhöhung verlangen, was zur Folge haben müßte, daß die Baukosten um diesen Prozentsatz erhöht werden. Aber tatsächlich wollen die Baumeister den Lohn noch reduzieren.

Dieses Vorgehen erinnert uns lebhaft an die Inflationszeit in den Jahren 1922 bis 1924. Infolge der sprunghaften Steigerung aller Preise waren die Arbeiter gezwungen, den Ausgleich durch Lohnforderungen zu suchen. Bei Ueberreichung der Lohnforderung gingen die Preise um denselben Prozentsatz wie die Lohnforderung lautete, in die Höhe. Nach beendeten Lohnverhandlungen, die meistens drei Wochen in Anspruch nahmen, wobei die Arbeiter niemals die Forderung zur Gänze bewilligt erhielten, schnellten die Preise wieder um denselben Prozentsatz der Lohnerhöhung hinauf, so daß die Arbeiter um die Lohnerhöhung geprellt wurden, die Unternehmer aber noch ein Geschäft gemacht haben. Dadurch sind die Löhne der Arbeiter im Vergleich zur Vorkriegszeit auf ein Drittel der Kaufkraft gesunken! Nun stellen wir die Frage: Wer macht die Teuerung? Durch solche Manöver wird die Bautätigkeit nicht gefördert. Den Arbeitern werden die Löhne fortwährend reduziert, die Baumeister wollen aber von ihrem Profit nichts nachlassen, im Gegenteil, wenn sich die Konjunktur etwas bessert, schrauben sie die Profitprozente sofort in die Höhe.

An diesen Zuständen tragen die Arbeiter leider einen großen Teil der Schuld selbst. Während die Baumeister, in einer einheitlichen Organisation vereint, den Arbeitern geschlossen entgegenreten, sind die Bauarbeiter in drei Organisationen zerplittert und ein Teil ist gänzlich indifferent. Diesen Umstand müssen die Unternehmervertreter bei den Verhandlungen weiblich aus und verschleppen dieselben ins Unendliche.

Solange die Arbeiterschaft nicht einheitlich in den Klassengewerkschaften organisiert sein wird und solidarisch mit ihren Klassengenossen, ohne Unterschied der Nation oder Religion, gegen die Ausbeutung ankämpfen wird, kann sich die Lage der Arbeiterklasse niemals bessern!

Die Malergehilfen im Kampfe um gerechten Lohn.

Als voriges Jahr die Malergehilfen von Bielitz-Biala und Umgebung um die Abschließung eines Kollektivvertrages kämpften, da wurde ihnen seitens der Malermeister erwidert, daß es unmöglich sei, alles auf einmal zu verlangen und daß man im nächsten Jahre, d. h. in diesem Jahre über diese Angelegenheit verhandeln wird.

Es muß bemerkt werden, daß die Löhne der hiesigen Malergehilfen fast um 30 bis 40 Prozent niedriger sind als an anderen Orten. Aus diesem Grunde überreichten die Malergehilfen an die Malermeister-Genossenschaft in Bielitz-Biala die Forderung um einen Lohnausgleich. Sie forderten dieselben Löhne wie sie anderwärts bei derselben Leistung gezahlt werden.

Am Donnerstag, dem 16. Mai, fand im Bielitzer Arbeitsinspektorat in dieser Angelegenheit mit den Malermeistern eine Konferenz statt. Bei dieser Konferenz erklärte die Malermeister, daß sie nur einen solchen Vertrag unterschreiben werden, in dem die Gehilfen im Vergleich zu den im vorjährigen Vertrag festgesetzten Löhnen auf eine 10prozentige Lohnreduzierung einwilligen.

Das ist eine direkte Herausforderung der Malergehilfen seitens der Malermeister.

Bei der Konferenz benahmen sich die Malermeister Haber und Penkala sehr prozesshaft. Herr Haber wollte sich sogar als ehemaliger Sozialist aufspielen. Nun, diese Sorte von Hochsozialisten kennen wir schon, die glauben, bei einer Konferenz das Wort nur allein führen zu können. Diese beiden Herren sind auch Freunde der Diktatur, denn anstatt mit den Vertretern der Malergehilfen wie mit einer gleichwertigen Partei zu verhandeln, wollten sie nur so von oben herab den Malergehilfen noch Vorschriften machen. Seitens des Sekretärs Kompa wurde daher den Uebermütigen die gebührende Antwort zu teil.

Die Malergehilfen, die doch auch nur als Saisonarbeiter zu betrachten sind, müssen sich ebenfalls besser in einer solchen Organisation zusammenschließen, die ihre Interessen auch wirklich mannhaft vertritt. R. M.

Grundmachung bezüglich der Erteilung von Autodroschenkonzeptionen.

Der Bielitzer Magistrat gibt den auf dem Gebiete der Stadt Bielitz verkehrenden Autodroschenbesitzern folgendes bekannt:

1. Die Autodroschenbesitzer, die gegenwärtig den Personenverkehr auf Grund der alten Konzeption bewerkstelligen, können dies noch bis zum 1. November 1935 ausüben.

2. Die Autodroschenbesitzer, welche eine Konzeption zur Beförderung von Personen erwerben wollen, müssen bis zum 19. Juli 1935 an den Bielitzer Magistrat eine Eingabe richten. In dieser Eingabe muß enthalten sein: a) Vor- und Zuname, Beruf, Staatszugehörigkeit, Wohnort, genaue Adresse, Datum und Ort der Geburt; b) Sittenzugnis; c) Fach- und Qualifikationszeugnisse resp. Befähigung zur Führung des Unternehmens, Rauminhalt der Autodrosche; d) Zahl der Autos, Typ des Autos, technische Beschreibung der Fahrten, welche der Konzeptionsuchende zu benutzen gedenkt; e) auf welche Zeitdauer der Ansuchende die Konzeption wünscht sowie der Zeitbeginn der Ausübung in vollem Umfang oder teilweise; f) Nachweis, daß der Konzeptionsuchende allen militärischen Verpflichtungen nachgekommen ist; g) Versicherungsachweis für Schäden, die infolge der Ausübung der Konzeption entstehen können, wobei die Garantiesummen mindestens 10 000 Zloty bei Beschädigung einer Person, 30 000 Zloty bei Beschädigung mehrerer Personen infolge eines Unfalls und 2000 Zloty bei Beschädigung fremden Eigentums infolge eines Unfalls betragen muß; h) eine Quittung der Stadtkasse über den eingezahlten Betrag von 25 Zloty für Amtshandlungen; i) ein Betrag von 11 Zloty in bar für die städtischen Verwaltungsabgaben und zu je 55 Groschen für jede Beilage.

3. Andere Personen, welche eine Autodroschenkonzeption zu Erwerbszwecken erhalten wollen, müssen in genanntem Termin mit dem in Punkt 2 angeführten Dokumenten ihre Eingaben einreichen. Für die amtliche Tätigkeit müssen sie bei der Stadtkasse den Betrag von 100 Zloty erlegen.

Großer Einbruchsdiebstahl.

Unbekannte Täter drangen durch Erbrechen der Türschlösser in eine Wohnung in Bielitz und stahlen eine größere Menge Bettwäsche, Tischtücher, Schmuckstücken, einen Photoapparat usw. im Gesamtwerte von 2000 Zloty. Die Polizei hält Nachforschungen nach den Einbrechern. — Vor dem Hause des Baumeisters Dulanski in Bielitz wurde ein Fahrrad Marke „Kurz“ Nr. 21207 gestohlen, welches Eigentum des Alois Czudla aus Bontom war.

Feststellung der Identität einer Leiche.

Wie wir bereits berichtet haben, wurde bei dem Gasthaus Linke in Gruntdorf die Leiche einer unbekannt Person gefunden. Wie durch die Polizei festgestellt wurde, handelt es sich um eine gewisse Anna Kotuzko aus Wien, die eine polnische Staatsbürgerin ist. Dieselbe habe angeblich den Weg von Lemberg bis nach Wien zu Fuß zurücklegen wollen. In Gruntdorf brach sie aber vor Erschöpfung zusammen.

Große Rattenvertilgungsaktion.

Der Bielitzer Magistrat gibt bekannt, daß auf Grund der verschiedenen gesetzlichen Vorschriften die Stadt Bielitz einbernehmlich mit der Stadt Biala eine Aktion zur Rattenvertilgung einleiten werden. Zur Rattenvertilgung wird das erprobte Rattengift „Ratopax“ Verwendung finden. Das Rattengift wird am Bielitzer Magistrat durch vier Tage, und zwar am 3., 4., 5. und 6. Juni l. J. täglich in den Stunden von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags im 1. Stock Tür Nr. 10 abgegeben. Das Auslegen des Giftes erfolgt am 13. Juni l. J. Der Magistrat fordert die Hausbesitzer auf, mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl die herausgegebenen Weisungen genau zu befolgen, da die Rattenvertilgungsaktion eine zwingende Maßnahme ist. Informationen werden am Magistrat am Tage der Verteilung des Rattengiftes erteilt.

Eingefendet.

Der Vorstand des Robotnicze Stowarzyszenie Kulturalno-Oswiatowe „Sila“ in Bielitz, Republikanska 4, gibt bekannt, daß bei der Straßenreinigung am 1. Mai 1935 insgesamt 7547 Zloty eingesammelt wurden.

Podzer Tageschronik.

Unsoziale Arbeitgeber.

Der Besitzer der Fleischereiverkstatt in der Lutomierska 27 in Ploino, Edward Bestwater, stellte eine gewisse Henryta Jagodzinska als Expedientin an, doch mußte diese eine Kaution von 300 Zloty hinterlegen. Nach kurzer Zeit entließ Bestwater jedoch die Jagodzinska und lehnte es ab, ihr die Kaution zurückzugeben. Die betroffene Angestellte wandte sich daraufhin an das Arbeitsinspektorat, dessen Strafreferat jetzt den unredlichen Arbeitgeber zu einer Geldstrafe von 300 Zloty verurteilte. Außerdem wurde die Angelegenheit an das ordentliche Gericht weitergeleitet, wo sich Bestwater wegen unrechtmäßiger Aneignung der Kaution zu verantworten haben wird. (a)

Ferner hatten sich vor dem Strafreferat der Arbeitsinspektorats die Besitzerinnen des Hauses Mlynarska 10, Bina Rokhtowicz und Rozja Wajszblatt, zu verantworten, die die Hauswarterin Stanislawina Sieradzka bei einem unter dem Tarif stehenden Lohn beschäftigt hatten und diesen obendrein nicht auszahlten. Die beiden Hausbesitzerinnen wurde zu je 14 Tagen Arrest verurteilt. (a)

Kündigung von 200 Metzgehilffinnen.

Wie berichtet, wird mit dem 1. Juli eine Reorganisation des Heilwesens der Sozialversicherungsanstalt durchgeführt werden, indem die sogenannten Hausärzte eingeführt werden, die die Kranken in ihren Privatwohnungen empfangen werden. Damit ist das bisher in den Metzgepunkten beschäftigt gewesene Metzgehilffinnenüberflüssig geworden und es sind im Zusammenhang damit nunmehr gegen 200 Metzgehilffinnen gekündigt worden. Angesichts dessen, daß doch die Hausärzte jetzt auf eigene Kosten ihr Hilfspersonal vergrößern müssen, hat sich der Verband der Krankenpflegerinnen an den Arbeitsverband gewandt, hierfür die aus der Sozialversicherungsanstalt entlassenen Hilffinnen anzustellen. Es besteht somit die Aussicht, daß ein Teil der Entlassenen auf diese Weise bei den Privatärzten Beschäftigung finden wird. (a)

Zür über 1000 Zloty Stempelmarken gestohlen.

In den Laden der Weronika Czarna, Kzgoszlaszka 35, brangen nachts Diebe ein und stahlen eine Mappe mit Stempelmarken im Gesamtwerte von 1200 Zloty. Die Polizei fahndet nach den Dieben. (a)

Die Aushebung des Jahrganges 1914.

Morgen, Freitag, haben sich die Rekruten wie folgt zur Musterung einzufinden: Vor der Aushebungskommission Nr. 1 in der Pierackistr. 18 die Rekruten des Jahrganges 1914 aus dem Bereiche des 5. Polizeikommissariats, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben G bis H sowie K* beginnen; vor der Aushebungskommission Nr. 2, Petrikauer 165, die Rekruten des Jahrganges 1914 aus dem Bereiche des 7. Polizeikommissariats mit den Anfangsbuchstaben D, P, R und T.

Vor der Kommission des Podzer Kreises, Sienkiewicza 37, haben sich hingegen die Rekruten des Jahrganges 1914 und die der Kategorie B zugehörigen Militärpflichtigen der Jahrgänge 1913 und 1912 aus dem Bereiche der Gemeinden Beldow und Brojce zu melden. (a)

Töblicher Ausgang einer Schlägerei.

In der Wohnung des Wiktor Wasilow, Krakowskafraße 18, fand vorgestern abend ein Trinkgelage statt, an welchem außer dem Wohnungsinhaber ein Jan Pakula und Otto Minor teilnahmen. Die Genannten sind als Redaunmacher bekannt. Zwischen den Männern entstand, als sie bereits stark betrunken gewesen sind, eine Schlägerei, wobei sich Wasilow und Minor auf den Pakula stürzten und ihm mit Messern so schwere Verletzungen beibrachten, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Die beiden Mörder wurden verhaftet. (a)

Töblicher Ausgang eines Streites.

Im Walde des Gutes Orlina, Gemeinde Kzgow, Kreis Konin, wurde der Einwohner des in der Nähe gelegenen Dorfes Strubzianka, Jan Zgrabczynski, mit schweren Verletzungen an der Brust und am Bauch aufgefunden. Zgrabczynski wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er jedoch kurz nach seiner Einlieferung starb. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die furchtbare Blutlute von dem Nachbarn des Zgrabczynski, dem 60jährigen Johann Jobel, verübt wurde. Die Beiden waren in den Wald gefahren, um Holz zu stehlen. Hier ist es dann zwischen ihnen zu einer Schlägerei gekommen, im Verlaufe welcher Jobel dem Zgrabczynski die tödlichen Verletzungen beibrachte. Der Mörder wurde verhaftet. (a)

Brand in einer Glasbirnenfabrik.

In der Fabrik elektrischer Lampen „Phos“, Baudurkistrasse 14, entstand gestern Feuer, das sich sehr schnell ausbreitete und bald die ganze Fabrikeinrichtung ergriffen hatte. An die Brandstelle eilte der 2. und 3. Feuerwehrtzug, denen es nach anderthalbstündiger Tätigkeit gelang, den Brand zu unterdrücken. Das Fabrikgebäude wurde ernstlich beschädigt, während die Fabrikeinrichtung sowie verschiedene Vorräte an Material vernichtet wurden. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Feuer infolge Entzündung von Phosphor entstanden ist. Der Brandschaden beläuft sich auf 12 000 Zloty. (a)

Schwerer Unfall eines Radfahrers.

Vor dem Hause Kontna 11 fuhr der Kontna 80 mohnhafte Josef Bednarek infolge eigener Unvorsichtigkeit mit seinem Rade gegen einen Wagen und stürzte mit solcher Wucht zu Boden, daß er einen Beinbruch sowie allgemeine Verletzungen erlitt. Der Verunglückte mußte von der Rettungsbereitschaft ins Krankenhaus geschafft werden. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

S. Jankiewicz, Alter Ring 9; B. Gluchowski, Narutowicza 6; C. Hamburg, Glowna 50; L. Pawlowski, Petrikauer 307; A. Piotrowski, Pomorska 91; L. Stockl, Bimanowskigo 37.

Aus dem Reiche.

Beschlüsse des Stadtrats von Ruda-Pabianicka.

Am Dienstag fand in Anwesenheit von 22 Stadtverordneten die sechste Stadtratssitzung in der neuen Saalung statt. Vom Bürgermeister Grzybowski wurde bekanntgegeben, daß den im Stadtrat freigeordneten Sitz Herr Kędziercki einnehmen wird. Die Wahl für die Kommissionen hatte folgendes Ergebnis: Kommission für Sozialfürsorge: Kähler, Bantowski und Kędziercki und die Vormünder Taubner und Anton Okruszel sowie Frau Anteck; Komitee für den Stadtausbau: Ebert, Miez, Szymantowicz und Grzegorzysz; Kommission für Prüfung der Preise: Kessel, Edward Rosjakowski, Leon Kuznietz und Amin. Es wurde hierauf beschlossen, die Bürgersteige folgender Straßen mit Betonplatten zu belegen: Piłsudskigo, 1-go Maja, Kzowskigo, Kosciuszki, Legionow, 3-go Maja, Staszica, Pierackiego, Ewangieliska, Traugotta und Garapicha. Das Quadratmeter der in der eigenen Betonfabrik hergestellten Platten stellt sich auf 5 bis 6 Zloty. Die Pflasterungskosten wird die Stadtverwaltung von den Hausbesitzern in 10 monatlichen Raten einzichen. Es folgte dann die Berlesung und Annahme des Rechnungsbetriebs und des Reglements für die Revisionskommission. Hierauf wurde auf Antrag des Bürgermeisters die Bestenerung der nach Ruda-Pabianicka aus Lodz eingeführten Wurstwaren mit 10 Groschen pro Kilo beschlossen, welche Steuer für die Prüfung der eingeführten Wurstwaren verwendet werden wird. Der Bürgermeister gab dann ein Schreiben des Wojewodschaftsamtens zur Kenntnis, demzufolge die Stadt außer dem beantragten Kredit in Höhe von 10 000 Zloty noch eine Anleihe von der Polnischen Kommunalbank in Höhe von 5000 Zloty erhalten kann, welcher Betrag in Laufe von 40 Jahren zurückzahlen ist. Die Angelegenheit wurde gutgeheißen. Für die Vermessungen und Regulierungen der Stadt Ruda stehen dem Magistrat demnach 22 000 Zloty zur Verfügung. Im Kontursverfahren wurde diese Arbeit dem vereidigten Geometer Stefan Juski aus Warschau zugesprochen. Zum Schluß der Sitzung wurde noch ein Antrag des Stadtverordneten Cieslak angenommen, das Bild des früheren Bürgermeisters Doska aus dem Magistratsgebäude zu entfernen.

Waldbhüter erschießt einen flüchtigen Dieb.

Im Walde des Gutes Wilanow, Gemeinde Szabel, Kreis Sieradz, wurde der 17jährige Bronislaw Maniak aus dem Dorfe Wrzeszczewiczki, Gemeinde Balucz, Kreis Pakt, vom Waldbhüter auf der Flucht erschossen. Der Waldbhüter überraschte den Maniak beim Holzdiebstahl, worauf Maniak die Flucht ergriff. Da er auf den Ruf des Waldbhüters nicht stehen blieb, schoß dieser auf ihn und tötete ihn auf der Stelle. Der schiefwütige Waldbhüter wurde verhaftet. (a)

Petrifan. Eine kopflose Leiche gelangte n. vorgestern wurde auf den Eisenbahnhöfen in der Nähe der Station Moszzenica bei Petrifan die Leiche eines jungen Mannes ohne Kopf gefunden. Nach einigen Suchen fand man den Kopf in etwa 5 Meter Entfernung vor. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Der Lebensmilde erwies sich als der 22jährige Radzislaw Kozlowski aus dem Städtchen Wolborka, der die Tat aus Liebeskummer begangen hat. (a)

Wer Bücher liest wird Mitglied der Bücherei „Fortschritt“! Petrikauer 109

Öffnet jeden Dienstag u. Freitag von 6—8 Uhr

Die Liebe der schönen Frau Nadia

Roman von Raymond de Nienci

(22. Fortsetzung)

Es war Nadia, welche die Lippen löste, sie atmete schwer, zwang sich jedoch zu lachen.

„Nun, was ein Mund verbrochen, mußte dieser Mund wieder heilen, nicht wahr? Auf Wiedersehen, mein Freund, nein, keine Begleitung.“

Communes folgte ihr trotzdem, so dicht, daß sie im Augenblicke ihres Verschwindens mit einem Lächeln ihm zuschältern konnte:

„Wissen Sie nicht, daß auf Russisch Nadia „Hoffnung“ bedeutet?“

9.

... Und Nadia lehrte nach zwei Tagen wieder. Gehorsam war sie der bittenden Stimme, die sie rief, — in ihrem Herzen bereit, die ewige Niederlage der Frau zu erleben. —

Die Abenddämmerung fand sie im Schlafzimmer Communes'. Selbst entkleidet bewahrte sie die Schüchternheit eines jungen Mädchens. Vergebend hatte seine fiebernde Hand Stütz für Stütz ihrer Kleidung abgestriegt. Sie blieb verschämt, auch nachdem ihr feines Creme-de-Chinehemd zerfaltern auf dem Boden lag. Der große Spiegel warf das Bild einer bleichen Statue zurück, die auf dem Ruhebett saß, die Beine aneinandergepreßt, die Arme ausgebreitet, den kleinen Kopf auf die Schulter geneigt, der Ausdruck rätselhaft unter gesenkten Lidern.

Die schöne Frau verweigerte sich nicht, doch der junge Mann sagte. Ihn berauschte die Eroberung, erschüttert war er von Bewunderung. Er konnte nicht glauben, daß

dieser so überzarte Körper hier derselbe war wie der, der sich in den Vortagen drüben in der Kanzlei unter dunkler Witwenrucht verborgen hatte.

Die Reinheit dieser jugendlichen Gestalt erfüllte ihn mit frommem Erstaunen. Er fand glühende, gestammelte Worte.

„Nadia, ich wage nicht, Sie zu berühren. Wie ein Kleid liegt Ihre Schönheit über Ihnen als glänzender Schleier, der Sie beschützt. Und doch, ich liebe dich, Nadia, ich liebe dich! Aller Glanz der Welt ist in dir vereint, aus dir kommt mir Mut und Kraft, du verdienst alle Kühnheit, jedes Wagnis, jeden Schmerz. Die Musik verkörpert du, den Frühling und die Sonne. Wie längst du es an, Meines Mädchens, so die ganze Schöpfung in dir zu vereinen?“

Die schöne Figur belebte sich, legte einen Arm um den Nacken des jungen Mannes.

„Nein, ich bin nicht so, wie du sagst. — Liebling, liebster Liebling, ich bin nur eine Frau, eine schwache Frau, ganz allein auf der Welt, die hier Schutz sucht.“

Dann schloß sie ihr Liebhaber in seine Arme. Das Standbild belebte sich, dehnte sich, wurde weich wie ein vertrauendes, ganz zartes Tier, wurde schwer und leicht zugleich, kühl und glühend. Sie gewährte ihren Körper, so wie sie einen Handfuß gestattete, und dann durchbrandete sie glutvolles Leben. —

Da entwand sie sich der wirklichen Welt und in einem Tone tiefer als irgendein Geigenklang, wiederholte sie: „— Tvoja! Tvoja!“

Später, nachdem das Stürmen ihres Blutes gedämpft, fragte sie ihr Geliebter: „Liebling, welches Wort sagtest du in meinem Arme?“

Sie hatte ein erstauntes Lächeln: „Ich, sprach ich denn? Was konnte ich sagen? Doch ja, ich sagte: „Tvoja.““

„Das bedeutet?“

„Neugieriger, soll ich meine ganze Seele enthüllen?“ Sie wünschte ihr kleines Geheimnis zu bewahren. Communes hätte nicht weiter in sie gedrungen, wenn er nicht plöblich Eifersucht empfunden.

„Höre mich an, Nadia, Geliebte. Das Wort, das du in solchen Augenblicke sprachst, ist es der Name eines Mannes oder einer Frau?“

Sie lachte hell. „Es ist kein Name, ein russisches Wort ist es, das sagen will ...“

„Was soll es sagen?“

Sie wurde ganz ernst und um ihre Augen suchte es noch voll Erinnerung an den besetzten Augenblick, den sie durchlebt. Fast fand ihre Stimme zurück zum gleichen Klange.

„— Tvoja — Wija Tvoja, das heißt, dein bin ich, ganz die Deine, das bedeutet, daß ich dir ganz angehöre bis auf den Grund meiner Seele!“

Nachdem sie so gesprochen, blieb ihr Gesicht unbeweglich wie in einer Erwartung; ein unbestimmter Ausdruck lag auf ihrer Miene, nicht zu erkennen war es für Communes, ob Lust oder Schmerz sie bewegte. Die großen Augen, nun umrandert, drückten Leiden aus und Bitten, Leides unwiderstehlich! Nochmals wünschte Communes die tiefe Klage zu hören, das Seufzen ihres wilden Empfindens, die unbekante Stimme, die aus der weißen Kehle wie aus urweltlicher Vergangenheit zu ihm drang, tierhaft, aus dem Dunkel der Zeiten. —

Dann kannte Communes glutvolle Tage. Auf einen einfachen Renner war sein Leben gebracht: eine Beschäftigung — Nadia zu erwarten. Eine Freude — sie zu genießen, eine Furcht — sie zu verlassen.

Fortsetzung folgt.

Stellung in der Luft annehmen. Wenn sich das mitgeteilte Programm als unzulänglich erweisen sollte, werden wir es erhöhen, koste es, was es wolle!"

Die Aussprache im Oberhaus.

Der Oppositionsführer Lord Ponsonby (Arbeiterpartei) bedauerte, daß der Luftfahrtminister kaum auf die Erklärungen Hitlers Bezug genommen habe. „Nach der Rede Hitlers, die von dringlicher Bedeutung war, ist es klar, daß wir an einem Wendepunkt angekommen sind, und daß uns zwei Wege offen stehen: Ein Weg sei, die wichtigen Punkte seiner Rede aufzugreifen, der andere, sie völlig außer Acht zu lassen. Die englische Regierung habe den letzteren Weg eingeschlagen. Ponsonby schlug wie sein arbeiterparteilicher Kollege im Unterhaus die Einberufung einer internationalen Konferenz vor, die eine Abrüstungs- oder eine Sonderkonferenz sein könne. Auf dieser Konferenz sollten die Vorschläge Hitlers auf ihre Ehrlichkeit geprüft werden.

Nach Ponsonby sprach Lord Lothian. Auch er bedauerte, daß Lord Derry die Vorschläge der sehr bemerkenswerten Rede Hitlers nicht aufgenommen habe. Er betonte die Bereitschaft der liberalen Partei, die Regierung bei der Herstellung der Parität in der Luft zu unterstützen, da sie das als wichtig ansehe. Eine Hoffnung für Europa gebe es nur, wenn Streitigkeiten vor dem Völkerbund geschlichtet würde. Er hoffe und glaube, daß Hitlers Erklärung die Luft reinigen werde und den Weg zu Verhandlungen ebne. Ein Rüstungswettbewerb lege die Entscheidung über Frieden oder Krieg in die Hand von Verrückten, Knechten oder Sachverständigen. Die Regierung müsse zu einem Übereinkommen mit dem übrigen Europa gelangen, bevor es zu spät ist.

Für die Regierung antwortete Lord Halifax, der zunächst erklärte, die Rede Hitlers sei vielleicht die wichtigste Rede, die in den letzten Monaten, wenn nicht letzten Jahren gehalten worden sei. Er zögere nicht, im Namen der britischen Regierung zu erklären, daß diese Rede mit ihrem gesamten Inhalt und ihrer gesamten Bedeutung ihre sicherlich vollste Beachtung und sympathische Würdigung durch die Regierung erfahren werde. Es sei jedoch unmöglich, die Rede in ihren Einzelheiten heute oder jetzt zu besprechen, und er halte es nicht für zweckmäßig, sich zu dieser Rede zu äußern, bevor die Staatsmänner Europas insgesamt Gelegenheit gehabt hätten, sie zu erwägen und festzustellen, welche Möglichkeiten sie enthalte.

Damit wurde die Aussprache des Oberhauses geschlossen. unaufrichtliche Rüstungen, die letzten Endes den Kriegs- und Revanchegeist der deutschen Nationalisten gefördert und nicht zuletzt durch die Rüstungspolitik Hitler zur Macht verholfen haben. Deshalb wenden sich Sozialisten und Kommunisten gegen die zweijährige Dienstzeit und stehen in Opposition zu Laval und Flandin, die gestützt werden sollen, um die militärischen Einflüsse in Frankreich zu beseitigen und durch eine Friedenspolitik ohne Einschränkung die Kriegsgefahr in Europa zu bannen. Ohne Abrüstung gibt es keinen Frieden, das ist der Kampfruf der Kommunisten und Sozialisten in Frankreich, während Stalin heute Frankreich nicht nach den Wünschen des Proletariats beurteilt, sondern nach der Stärke der französischen Armee und ihrer Ausrüstung.

lehnt worden. Genosse Leon Blum schreibt mit aller Klarheit, daß sich die französischen Sozialisten durch die Erklärung Stalins nicht getroffen oder gebunden fühlen, sie werden ihren Kampf gegen den französischen Militarismus und die Regierung der Bourgeoisie fortführen, möge Moskau Laval und Flandin noch so viele Segenssprüche auf den Weg geben.

Die Ereignisse in Moskau, die militärischen Paraden und Luftflottenmanöver, die Festansprachen an Laval zeigen aber, wie unterschiedlich die Politik der russischen Staatsmänner und der kommunistischen Internationale sind. Freundschaft mit der Bourgeoisie von Staatswegen, aber zugleich auch Forderung an die Kommunisten aller Länder, ihre Machthaber zu stürzen. Aber nur solange, wie man sie nicht zum eigenen Schutz braucht dann sind sie die besten Weggenossen.

Die Einberufung zum aktiven Dienst.

Berlin, 21. Mai. Der Leiter des Wehrmachtamtes im Kriegsministerium General von Reichenau gab am Mittwoch der deutschen Presse in grundlegenden Ausführungen den Inhalt des neuen Wehrgesetzes bekannt.

Zu Jahre 1935 werden danach die Geburtsjahrgänge 1914-15 gemustert und der Jahrgang 1914 zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht ausgehoben. Der Jahrgang 1915 steht nach der Musterung zunächst zur Ableistung des Arbeitsdienstes zur Verfügung. Die Jahrgänge 1913-1910 werden nicht mehr für die Ableistung der aktiven Dienstpflicht, sondern nur zu einer kurzen Ersatzreferveausbildung herangezogen werden.

Radio-Programm.

Freitag, den 24. Mai 1935.

Warschau-Lodz.

8.36 Gymnastik 7.25 Schallplatten 12.05 Konzert 12.50 Für die Frau 13.05 Sinfoniekonzert 13.30 Maviertrio 14 Schallplatten 17 Vortrag 17.15 Sinfoniekonzert 17.40 Sendung für Kranke 18.45 Schallplatten 19.25 Sport 19.50 Feuilleton 20.05 Musikalische Plauderei 20.15 Sinfoniekonzert 22.30 Österreichische Post.

Kattowitz.

14 und 16.45 Schallplatten 16.30 Rezitationen 19.1 Plauderei 19.25 Sport 23.05 Briefkasten.

Königsbrunnhausen.

6.20 Morgenmusik 8 Ständchen 12 Konzert 14 Merlei 16 Runterbunt 19 Und jetzt ist Feierabend 20.15 Stunde der Nation 23 Wir bitten zum Tanz.

Breslau.

9 Konzert 12 Konzert 15.30 Oberschlesische Arbeiter musizieren 17 Konzert 19 Wie es einmal war 20.15 Stunde der Nation 22.30 Volksmusik.

Wien.

12 Konzert 14 und 16.10 Schallplatten 15.20 Frauenstunde 18.55 Opern-Unterhaltungsmusik 22.10 Unterhaltungskonzert 22.50 Runterbunt 23.55 Leichte Musik

Prag.

12.35 Leichte Musik 15.55 Orchesterkonzert 18 Arbeiterfunk 20.15 Frauenchöre 21.10 Klavierkonzert 27 Schallplatten.

Stalin gegen Cachin.

Die Reise Lavals nach Moskau hat nicht nur die französisch-russische Freundschaft durch einen Kriegsbindnispaß fester denn je geschlossen, sondern auch zugleich den Versuch mit sich gebracht, die Interessen der französischen Arbeiterklasse in den Dienst der französischen Bourgeoisie auf Wunsch Moskaus zu stellen. Trotz der Notwendigkeit des französisch-russischen Bündnisses, das zweifellos für die Befriedung Europas anlässlich der deutschen Kriegsprovokationen eine große Bedeutung hat, muß sich die Arbeiterklasse bei all diesen Paktfragen, wiewohl sie selbst dadurch in den Hintergrund verdrängt wird. Es ist bekannt, daß die französischen Kommunisten bisher nichts anderes waren, als eine Expositur der russischen Außenpolitik und alle Wandlungen mitmachten, die man von Moskau aus in Frankreich für erforderlich hielt. Die Gefahr, die bis vor Monaten den Kominternleuten von Japan aus gegen Rußland im Fernen Osten drohte, wurde in Frankreich weidlich ausgenutzt, um eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu schaffen, um zu verhindern, daß die nationalistischen Elemente in Frankreich aus Rußland gelangen und damit eine Verständigung mit Moskau unmöglich gemacht wird. Die französische Bourgeoisie ist sich dessen bewußt, daß sie einen Pakt mit einem Partner eingegangen ist, der den Sturz der bisherigen Gesellschaftsordnung zum Ziel hat, und man hat auch obendrein nicht vergessen, daß das kommunistische Rußland sich auch heute noch weigert, die Milliarden Goldfrankenleihe des Reichs zurückzahlen. Aber die Gefahr des deutschen Revanchegeistes ist viel größer, so daß man gern diese Anleihe aufs Spiel setzt, wenn man nur einen militärisch starken Bundesgenossen gewinnt. Man entschließt sich sogar wiederum zu Millionenvorschüssen, die nach Rußland fließen werden.

Aber eine andere Gefahr bedroht jetzt die französische Bourgeoisie. Die kommunistische Agitation in Frankreich, die selbst nicht vor den Kasernen und der Marine haltmacht. Bei dem Moskauer Besuch haben sich nun Laval und Litwinow sehr gründlich über dieses Thema ausgesprochen und Laval fährt sehr befriedigt gerade über diese Zusage nach Paris zurück. Litwinow selbst hat aber bei seinen französischen Parteigenossen keine gute Position, denn sein internationales Auftreten in den Kreisen der Bourgeoisie-Diplomaten hat manche Differenzen in der französischen kommunistischen Partei geseitigt. Die kommunistische Opposition in Frankreich hat die offizielle kommunistische Partei bereits überflügelt, was auch bei den letzten Gemeindevahlen zum Ausdruck kam. So mußte eben Wäterchen Stalin heranziehen, um in einer der Reden gegenüber Laval entschieden von der Oppositionspolitik der französischen Kommunisten gegen die französische Regierungspolitik abzurücken und gerade Lavals und Flandins Verhalten als ein Muster der Sicherung des Staates. — damit ist der Vorzug der Militärsomeint — lobend hervorzuheben und seine bisherigen Bundesgenossen, die Kommunisten in Frankreich, zu rügen. Stalin hat so ohne Einschränkung die Politik der kommunistischen Partei Frankreichs vor dem Vertreter der französischen Bourgeoisie verurteilt. Daran können alle Erklärungen Rabels zu diesem Thema nichts mehr ändern. Stalin steht auf Seiten Lavals und der französischen Bourgeoisie gegen die Politik der französischen Arbeiterklasse.

Wir sprechen absichtlich von der französischen Arbeiterklasse, die wieder die Einheitsfront bei den letzten Kommunalwahlen mit Erfolg erprobt hat. Nun ist es bekannt, daß die französischen Sozialisten und die Kommunisten gemeinsam einen entschiedenen Kampf gegen die sogenannte Sicherungspolitik der bürgerlichen Regierung Flandin-Laval führen, weil sie nichts anderes bedeutet, als eine Förderung der ständigen Kriegsgefahr, durch

unaufhaltbare Rüstungen, die letzten Endes den Kriegs- und Revanchegeist der deutschen Nationalisten gefördert und nicht zuletzt durch die Rüstungspolitik Hitler zur Macht verholfen haben. Deshalb wenden sich Sozialisten und Kommunisten gegen die zweijährige Dienstzeit und stehen in Opposition zu Laval und Flandin, die gestützt werden sollen, um die militärischen Einflüsse in Frankreich zu beseitigen und durch eine Friedenspolitik ohne Einschränkung die Kriegsgefahr in Europa zu bannen. Ohne Abrüstung gibt es keinen Frieden, das ist der Kampfruf der Kommunisten und Sozialisten in Frankreich, während Stalin heute Frankreich nicht nach den Wünschen des Proletariats beurteilt, sondern nach der Stärke der französischen Armee und ihrer Ausrüstung.

Mit vollem Recht wendet sich Genosse Leon Blum im „Populaire“ gegen Stalin, den er des Dolchstoßes gegen die französische Arbeiterklasse beschuldigt. Sozialisten und Kommunisten haben die Landesverteidigung und Sicherungspolitik vollaus gebilligt, darüber hinaus aber sei die Abrüstung der wichtigste Faktor, den es durchzusetzen gilt, um durch die Abrüstung auch den allgemeinen Frieden zu fördern, was durch keinerlei Paktverträge der Einseitigkeit erfolgen kann. Die französischen Kommunisten sind über die Haltung Stalins und Moskaus entsetzt, denn die Besprechungen zwischen den russischen Staatsmännern und Laval sind nichts anderes als eine Ablehnung der kommunistischen Politik in Frankreich, die durch die Schaffung einer Einheitsfront der Sozialisten und Kommunisten und durch die weitere Vereinigung der beiden Parteien, den Sturz der Bourgeoisie in Frankreich herbeiführen soll. Welche Folgen diese Erklärung Stalins innerhalb der französischen Kommunisten haben wird ist noch nicht bekannt, da Cachin, der Leiter der Kommunisten, zu dieser Frage in der „Humanité“ noch keine Stellung genommen hat. Aber ohne Zweifel ist der französische Kommunistenführer mit seinem Kampf gegen Laval durch seinen Parteipapst Stalin in Moskau abge-

Helenenhof

Sonntag, den 26. Mai um 2 Uhr nachmittags

Helenenhof

Grosses Frühlings-

Gartenfest

zugunsten des evangelischen Waisenhauses

Reichhaltiges Programm u. a.

Pfandlotterie 1500 Lose

mit sehr wertvollen Gewinnen. Preis eines Loses 31. 1.—. Jedes Los gewinnt!

Einzel- und Massenchor-Gesangsvorträge

Künstlerische Darbietungen durch Mikrophone

Konzert der Posaunenchöre St. Matthäi und St. Trinitatis

Turnerische Vorführungen der Turnvereine „Kraft“ u. Sport- u. Turnverein

Abends Pyramiden am Wasser bei bengalischer Beleuchtung

Belustigungen für Jung und Alt. Völlig und Konditorien am Platze

Näheres in den Programmen

Eintritt für Erwachsene 31. 1.—

Kinder und Militärs 50 Groschen

Die „Volker Volkszeitung“ erscheint täglich. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3.—, wöchentlich 3.—, 75; Ausland: monatlich 6.—, jährlich 72.—. Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Anzeigenpreise: Die fliegenderpaletten Millimeterzeile 15 Gr., im Text die dreieckspaltige Millimeterzeile 60 Groschen. Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Ankündigungen im Text für die Druckseite 1.— 30 Gr. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse“ m. b. H. Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. Hauptgeschäftsführer: Dipl.-Ing. Emil Berber. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Dtt. Seite. Druck: „Prasa“ Lodz, Betrikauer 101

